

Newsletter 08/2011

Editorial.....	S. 1
Ausstellungseröffnung im NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Hinweise auf Veranstaltungen	S. 3
Wettbewerbe.....	S. 4
Am rechten Rand.....	S. 6
Neu in der Bibliothek.....	S. 9
Impressum.....	S. 10

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**



kaum ein Ereignis hat uns in den letzten Wochen so sehr beschäftigt wie die Attentate in Oslo und auf der Insel Utøya, bei denen 77 Menschen ums Leben kamen. Der Attentäter Anders Breivik hinterließ im Internet ein 1500 Seiten dickes „Manifest“, das – zum

Teil selbst geschrieben, zum Teil aus verschiedenen Quellen zusammengestellt – Einblicke in seine Gedankenwelt gibt. Dabei kommt ein Patchwork der unterschiedlichsten Einflüsse und Inspirationen zum Ausdruck, die seinen „Kreuzzug“ gegen den Islam und den Kulturmarxismus begründen sollen.

Auch wenn seine brutalen Taten damit nicht verstehbar werden, so zeigt sich darin doch der politisch-kulturelle Nährboden, auf dem seine wirre Gedankenwelt wuchs. Breivik war nicht nur jahrelang Mitglied der rechtspopulistischen Fortschrittspartei, er pflegte ebenso Kontakte zu der britischen English Defense League, die als ultrarechts und militant gilt, und er trieb sich auf mehreren islamfeindlichen Blogs und Foren im Internet herum, wo er auch Beiträge hinterließ. Dabei führen mehrere Spuren auch nach Deutschland. In dem erwähnten Manifest zitiert Breivik den Blogger „Fjordmann“, der seitenlang über den Kölner Anti-Islamisierungskongress 2008 berichtet, das Dokument wurde per E-Mail an eine Kölner Organisation geschickt.

Natürlich kann das Netzwerk der europäischen Islamhasser nicht ursächlich für die Morde im juristischen Sinne verantwortlich gemacht werden. Ebenso unterkomplex wie falsch wäre es, die unterschiedlichen Akteure alle mit dem Etikett „Neonazi“ zu belegen. Dennoch kann ein Zusammenhang zwischen einer aggressiven Rhetorik und menschenverachtenden Taten nicht völlig ignoriert werden. Wer nicht unterscheiden kann zwischen legitimer Religionskritik und rassistischer Islamhetze, wer nur den Hass gegen die Einwanderungsgesellschaft predigt und den Anforderungen einer pluralen Gesellschaft nur mit dem Ruf nach Ausgrenzung begegnet, der stärkt das antimuslimische Ressentiment. Wenn entsprechende Einstellungsmuster aus der Mitte der Gesellschaft legitim erscheinen, fühlen sich militante Rechtsextreme in ihrem Tun bestätigt.

Eine „Lehre“ aus Oslo und Utøya abzuleiten, hieße die Opfer zu instrumentalisieren. Eine Konsequenz kann jedoch sehr wohl aus den schockierenden Gewalttaten gezogen werden: die Aufforderung, für eine offene, vielfältige und nicht-rassistische Gesellschaft einzutreten.

Ich hoffe, dass Sie auch in diesem Newsletter interessante Informationen finden. Mein besonderer Dank geht an die Autoren, die in diesem Monat Beiträge für die Rubriken „Am rechten Rand“ und „Neu in der Bibliothek“ verfasst haben.

Wegen der Ferienzeit erscheint der nächste Newsletter Mitte September.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Deportiert ins Ghetto. Die Deportation der Juden aus dem Rheinland im Herbst 1941 ins Ghetto Litzmannstadt (Łódź) **Ausstellungseröffnung, 8. September 2011, 19 Uhr, EL-DE-Haus**

„Abgereist ohne Angabe der Adresse“ – mit diesem Aufdruck kam eine Postkarte zurück, die Hansjörg Salmony im Oktober 1941 aus dem schweizerischen Exil an seine in Köln lebenden Eltern geschickt hatte. Alfred und Thekla Salmony lebten nicht mehr in der Kölner Wichterichstraße, sondern waren kurz zuvor in das Ghetto Litzmannstadt deportiert worden.

Mit ihnen wurden am 22. und 30. Oktober 2000 jüdische Frauen, Männer und Kinder aus Köln und der Region sowie am 27. Oktober 1941 nochmals 1.000 aus Düsseldorf und anderen Orten des Rheinlandes in das besetzte Łódź deportiert. Weniger als vierzig von ihnen erlebten 1945 die Befreiung. Welche Erfahrungen mussten diese Menschen machen? Wie sah der Alltag in diesem nach Warschau zweitgrößten Ghetto des Deutschen Reiches aus? In den vergangenen Jahren sind die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und das Kölner NS-Dokumentationszentrum den Spuren dieser Deportierten gefolgt und haben Fotografien, Briefe und zahllose Dokumente zusammengetragen.

Erstmals können daher anlässlich des 70. Jahrestages Lebenszeugnisse der aus dem Rheinland nach Litzmannstadt Deportierten gezeigt werden. Anhand konkreter biographischer Beispiele wird der Blick auf die betroffenen Menschen, ihr Leid, ihre Überlebenshoffnungen und ihre individuellen Lebensumstände in der grausamen Zwangsgemeinschaft des Ghettos gelenkt. So entsteht ein eindringliches Zeugnis des Völkermordes an der europäischen jüdischen Bevölkerung, der auch in Köln seinen Ausgang nahm.

„Deportiert ins Ghetto“ ist eine Ausstellung des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW, erarbeitet von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, in Kooperation mit dem Staatlichen Archiv Łódź, gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung. Sie ist vom 9. September bis 23. Oktober 2011 im EL-DE-Haus zu sehen. Führungen durch die Sonderausstellung können für Schulklassen auf Anfrage gebucht werden unter 0221/221-26331 oder 0221/221-26567.

HELGA NEUBURG - EINE VON 3.000 IM OKTOBER 1941 ÜBER KÖLN UND DÜSSELDORF DEPORTIERTEN

DEPORTIERT INS GHETTO

DIE DEPORTATIONEN DER JUDEN AUS DEM RHEINLAND
IM HERBST 1941 INS GHETTO LITZMANNSTADT (ŁÓDŹ).

9. SEPTEMBER - 23. OKTOBER 2011
NS-DOKUMENTATIONSZENTRUM DER STADT KÖLN | EL-DE-HAUS
APPELLHOFPLATZ 23-25 | 50667 KÖLN

TELEFON 0221 221-26331 | NORDGURTSTADT 40024 DE | DR-ER 40-10 000 | SA, SO, FREITAG 14-18 UHR
JAHRESZEUGNIS DER DEPORTATIONEN IM HERBST 1941 AUS DEM RHEINLAND INS GHETTO LITZMANNSTADT (ŁÓDŹ) | FÖRDERUNG DURCH DIE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG | WWW.KÖLN-DE

Eine Ausstellung des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW, erarbeitet von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Kooperation mit dem Staatlichen Archiv Łódź

Ein Museum der
Stadt Köln

NSDOK
Landeszentrale für politische Bildung
Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf
Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW
Staatliches Archiv Łódź

Menschenschicksale

Ausstellung, bis Donnerstag, 11. August, Spanischer Bau, Köln

Am 25. Juli 2011 eröffneten Oberbürgermeister Jürgen Roters und der Präsident des Bundesverwaltungsamtes, Christoph Verenkotte, gemeinsam die Ausstellung „Menschenschicksale – Die Deutsche Staatsangehörigkeit im Dritten Reich, Einbürgerung, Widerruf, Aberkennung“. Sie findet im Rahmen der Veranstaltungen zum Gedenken an die Deportation von 2.000 Kölnerinnen und Kölnern in das Ghetto Litzmannstadt vor 70 Jahren statt.



Bild: BVA

Das Bundesverwaltungsamt hat anhand von Originalpapieren die Einzelschicksale auch von prominenten Betroffenen wie etwa Albert Einstein und Thomas Mann dargestellt. Die Dokumentation führt die rechtlichen Auswirkungen des nationalsozialistischen Rassenwahns auf den Bürger eindrucksvoll vor Augen.

Die zugrunde gelegten Unterlagen stammen größtenteils aus Aktenbeständen, die die Alliierten beschlagnahmt hatten. Im Mittelpunkt stehen Zwangsausbürgerungen, Missbrauch und Instrumentalisierung von Verwaltung und Recht durch die Nationalsozialisten. Es sind unter anderem „erbbiologische Rassengutachten“ und schriftlich bekundete Willensäußerungen Hitlers ausgestellt.

Die Dokumentation „Menschenschicksale“ ist noch bis zum 11. August 2011 im Lichthof des Spanischen Baus (Rathausplatz, Köln-Innenstadt) zu sehen. Die Öffnungszeiten sind Montag, Mittwoch und Donnerstag von 8 bis 16 Uhr, Dienstag 8 bis 18 Uhr und Freitag 8 bis 12 Uhr. Am Wochenende bleiben der Spanische Bau und damit auch die Ausstellung geschlossen.

„Event gegen Rechts“

Workshops, 29. August - 01. September 2011, DGB Jugendbildungszentrum Hattingen

Zum dritten Mal lädt die DGB-Jugend NRW nun zum „Event gegen Rechts“ in Hattingen ein: „In verschiedenen Workshops behandeln wir die Grundlagen (Rassismus, Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit), sehen hinter die Kulissen zum Beispiel der Grauen Wölfe und reflektieren das eigene Handeln im Alltag.

Um die geschichtlichen Hintergründe nicht außer Acht zu lassen, machen wir eine Exkursion zur Steinwache Dortmund, einer NS-Gedenkstätte. Zum Abschluss des Events planen wir gemeinsam

eine Aktion zum Antikriegstag am 1. September. Ausstellung, Videoinstallation, Theaterstück oder Performance: Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.“

Kostenbeteiligung: 22, 24 oder 44 €

Weitere Informationen:

DGB-Jugend NRW im Jugendbildungszentrum

Am Homberg 44-50

45529 Hattingen

E-Mail: anmeldung@streber-online.de

Internet: streber-online.de/rechts

Break the silence

Festival, 12. und 13. August 2011, Bad Münstereifel-Arloff

Es wird laut im Hinterland. Zwei Tage, viele Bands, kostenloses Zelten, Volksküche, Chillen & Grillen am großen Lagerfeuer und vieles mehr. „Das Problem heißt Rassismus! – das Schweigen soll gebrochen werden“ – so das Motto der Veranstalter.

Weitere Informationen unter: <http://www.breakthesilence.tk/>



Aktiv für Demokratie und Toleranz Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt schreibt den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2011 aus: „Vom 8. Juli bis zum 30. September haben Projekte, Initiativen und Einzelpersonen die Gelegenheit, sich beim zu bewerben. Das BfDT möchte sie mit der Auszeichnung im jährlich durchgeführten Wettbewerb für ihren herausragenden Einsatz in den verschiedenen Themenbereichen rund um Demokratie und Toleranz würdigen und sie weiterhin darin ermutigen. Außerdem ist diese Auszeichnung auch mit einer finanziellen Förderung verbunden.

Auch für das BfDT selbst ist der Wettbewerb schon längst zu einer Institution und wertvollen Einrichtung innerhalb seiner Arbeit geworden. Als Ansprechpartner und Impulsgeber der Zivilgesellschaft erfüllt der Wettbewerb gleich mehrere Zwecke: Durch ihn kann das Bündnis mit der Zivilgesellschaft in den direkten Kontakt treten. Hunderte von Einsendungen jedes Jahr spiegeln außerdem ein Bild des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland wider und geben Aufschluss darüber, wo schon viel getan wird und wo der Ein-



satz für ein Thema noch ausbaufähig, aber auf einem guten Weg ist. Oft sind jahrelange Partnerschaften aus der Auszeichnung im Wettbewerb entstanden. Gesucht werden besonders nachhaltige und vorbildliche Projekte, die auch Menschen in anderen Städten und Regionen mit ihren Ideen Parte für weiterführendes Engagement stehen können. Egal ob als Einzelperson oder Gruppe, geehrt werden sollen die Menschen, die sich Tag für Tag und Jahr für Jahr für eine lebendige Demokratie und eine vielfältige, tolerante Kultur einsetzen. Ihr persönliches Umfeld ist es, wo sie etwas bewegen wollen und können. Mit

der Auszeichnung im Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ soll dieses Engagement öffentlich gemacht werden. Ihre Kreativität, Tatkraft und Ausdauer sind es, die die Zivilgesellschaft ausmachen und mit Leben füllen.“

Einsendeschluss 30. September 2011.
Das Formblatt für die Anmeldung unter:
www.buendnis-toleranz.de/aktiv-2011

Heimat Almanya – Zeig uns Dein Deutschland Jugendkreativwettbewerb der Staatsministerin Böhmer

Anlässlich des 50. Jubiläums des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens startete Staatsministerin Maria Böhmer den Wettbewerb „Heimat Almanya – Zeig uns Dein Deutschland“: „Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sind dazu aufgerufen, sich kreativ mit dem Thema „Heimat“ auseinanderzusetzen. Staatsministerin Böhmer betonte hierzu, dass sich „seit der Ankunft der ersten sogenannten Gastarbeiter aus der Türkei vor 50 Jahren viel verändert hat. Deutschland ist mittlerweile mit 16 Millionen Migranten ein Land der Vielfalt. Viele von ihnen leben bereits in der dritten und vierten Generation bei uns. Doch wie fühlt es sich an, als junge Migrantin oder Migrant in Deutschland zu leben? Was bedeutet Heimat, wenn man selbst beispielsweise in Berlin, Frankfurt oder Leipzig geboren ist, die Eltern aber aus Bodrum, Istanbul oder Gaziantep stammen? Wir brauchen eine Identitätsdebatte in unserem Land. Der Wettbewerb gibt dazu einen wichtigen Impuls.“
Unter dem Titel „Heimat Almanya – Zeig uns Dein

Deutschland“ können Jugendliche bis 25.09.2011 ihre Beiträge in Form von Videos, Fotografien, Texten, Audiodokumenten oder Kunst auf der wettbewerbseigenen Homepage hochladen.

„Für das Gelingen von Integration ist der Beitrag jedes Einzelnen entscheidend. Jeder kann in seinem Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Nachbarschaft und im Verein daran mitwirken, dass Toleranz und Verständigung bei uns auch künftig großgeschrieben werden. Integration lebt vom Mitmachen! Ich appelliere an die Jugendlichen: Zeigt Euer Können, erzählt Eure persönliche Geschichte zum Thema „Heimat“. Euer Beitrag bringt die Integration in unserem Land nach vorne“, erklärte Staatsministerin Böhmer.

Zu gewinnen gibt es einen 4-tägigen Städtetrip für zwei Personen in die türkische Metropole und Kulturhauptstadt Istanbul sowie attraktive Sachpreise.“

Weitere Informationen:
www.heimat-almanya.de
www.myvideo.de/channel/HeimatAlmanya

Völkischer Nationalismus - Extreme Rechte - Rechtspopulismus

Nachwuchspreis des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf

FORENA – Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der FH Düsseldorf – vergibt erstmals einen Preis an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: „Ausgezeichnet werden Arbeiten, die sich im weiteren Sinne mit zeitgenössischen Phänomenen wie völkischem Nationalismus, der extremen Rechten, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Rechtspopulismus nach 1945 befassen.“

Bewertet werden die Originalität und wissenschaftliche Bedeutung der in der Arbeit behandelten Fragestellung sowie das Niveau der wissenschaftlichen Analyse (theoretischer Ansatz, empirische Güte, methodische Qualität).

Ziel des 2011 ins Leben gerufenen FORENA-Nachwuchspreises ist es, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ihrem Weg ins akademische Feld zu unterstützen. Der Preis wird in Zukunft alle zwei Jahre verliehen.

Der Preis wird in zwei Stufen verliehen:

- 1. Preis – dotiert mit 1.000,00 €
- 2. Preis – dotiert mit 500,00 €

Für den FORENA-Nachwuchspreis können Studienabschlussarbeiten (Diplom, Magister, Master) und Dissertationen in deutscher Sprache, die seit dem 1.1.2010 fertiggestellt wurden, eingereicht werden. Absolventinnen und Absolventen können sich selbst bewerben oder von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern vorgeschlagen werden. Pro Teilnehmer/Teilnehmerin darf nur eine Arbeit eingereicht werden. Die Manuskripte werden ver-

traulich behandelt, jedoch nicht an die Einsendenden zurückgeschickt.

Einzureichen sind:

- die Abschluss- bzw. Qualifikationsarbeit (in Papierform sowie als pdf-Datei);
- bei Diplom-, Magister- oder Masterarbeiten eine maximal fünfseitige Kurzfassung der Arbeit;
- bei Dissertationen eine maximal zehntseitige Zusammenfassung der Arbeit;
- ein Lebenslauf der Verfasserin/des Verfassers;
- eine Bestätigung der betreuenden Hochschullehrerin / des betreuenden Hochschullehrers oder der Hochschule, dass es sich bei der eingereichten Arbeit um eine Abschlussarbeit eines akademischen Studiums oder um eine Dissertation handelt, die nach dem 31.12.2009 eingereicht wurde.

Über die Verleihung der Preise entscheidet eine unabhängige Jury unter Ausschluss des Rechtsweges. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden zeitnah informiert und zur Preisverleihung eingeladen. Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen einer vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus an der FH Düsseldorf ausgerichteten Veranstaltung.“

Einsendungen bis zum 30.11.2011 an:
Prof. Dr. Fabian Virchow
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus
FH Düsseldorf
Universitätsstraße 1, Geb. 24.21
40225 Düsseldorf

Weitere Informationen unter:
www.arbeitsstelle-neonazismus.de

clip:2: 1 Video – 2 Minuten – Deine Chance

Wettbewerb/Filmfest zum Thema: „WIR SIND DIE ANDEREN?!“

Die Organisatoren des Handy Film Festival rufen dazu auf, Handy-Filme einzureichen: „Das 4. Hagener Handy Film Festival wird einige Änderungen bringen! Neben der Ausweitung auf Nordrhein-Westfalen wird es 2 Alterskategorien geben, und zwar von 13-16 Jahren und von 17-27 Jahren. Ihr könnt einen bis zu zwei Minuten langen Film mit Eurem Handy zum Thema „WIR SIND DIE ANDEREN?!“ aufnehmen und diesen Festivalbeitrag in der Zeit vom 07. September bis 11. November 2011 an uns schicken.“

Auf dem großen Filmfest am 3. Dezember 2011 im Emil Schumacher Museum in Hagen werden alle Filmemacher und die Preisträger gefeiert. Eine fachkundige Jury ermittelt die Preisträger. Dazu gibt es noch einen Publikumspreis.“

Weitere Informationen: <http://www.clip2-filmfestival.de>



Am rechten Rand Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland

Köln: Neonazis überfallen Protestcamp

Bos vor wenigen Wochen gastierte auf dem Rudolfplatz ein in der Öffentlichkeit heiß diskutiertes „Protestcamp“. Diese möchten, laut Eigenauskunft, „Solidarität mit den sozialen Kämpfen weltweit, insbesondere in Südeuropa und Nordafrika, [...] zeigen.“ Am 10. Juli 2011 griffen etwa 20 Personen das Camp an und verletzten dabei mehrere Menschen. Einer der Täter konnte von der Polizei gestellt und festgenommen werden. Inzwischen ermittelt der für politisch motivierte Straftaten zuständige Staatsschutz.

Gegen vier Uhr morgens sollen zuerst nur drei Personen die am Rudolfplatz campierenden Protestler provoziert haben. Als diese die Neonazis vertreiben wollten, stürmte eine größere Gruppe Rechtsradikaler aus einem Hinterhalt hervor und griff die Demonstranten mit Stühlen und Reizgas an. Zwei Angegriffene mussten sich daraufhin im Krankenhaus wegen einer schweren Gehirnerschütterung bzw. wegen Augenverletzungen durch Reizgas behandeln lassen. Die eintreffende Polizei nahm einzig den bereits polizeibekanntem Leverkusener Marcel K. fest, der als Mitglied der „Freien Nationalisten Leverkusen“ gilt.

Drohungen

Dem Angriff vorausgegangen waren einige Tage zuvor bereits Drohungen durch den Neonazi Sebastian Z. aus Erftstadt, der sich offen zu seiner Mitgliedschaft bei den „Freien Kräfte Köln“ bekennt. Laut Augenzeugenberichten habe er den Demonstranten gedroht, erst sie selbst und dann ihre Zelte anzuzünden. Auf Stickern fordern die Kölner Nazis ganz unverblümt: „Kriminellen Antifaschisten das Licht ausblasen!“ und rufen damit offen zu Gewalt gegen Nazigegner auf. An gewalttätigen Ausschreitungen waren Neonazis aus dem Raum Köln unter anderem im Februar bei einem Naziaufmarsch in Dresden beteiligt gewesen. Die Szene gilt als gut vernetzt mit gewaltbereiten Neonazis u.a. in Aachen, Wuppertal und der Eifel.

Geplanter Übergriff

Den Verdacht, dass es sich bei dem Angriff auf das Protestcamp um einen geplanten Übergriff handeln könnte, bestärkt ein im Internet auf der Website der Aktionsgruppe Rheinland, einer Plattform von regionalen Neonazi-Gruppen, veröffentlichter Text, der

sich detailliert über den Vorfall auslässt. Die als Verfasser fungierenden „Autonomen Nationalisten Köln (ANK)“ behaupten darin, nicht sie hätten das Camp überfallen, vielmehr seien „3 junge Deutsche, die auf dem Heimweg waren, ohne ersichtlichen Grund [aus dem Camp heraus] angegriffen“ worden. Dann seien die sich zufällig in der Nähe befindlichen Freunde eingeschritten. Der Bericht, der versucht die Neonazi-Gewalt als Verteidigung umzudeuten, endet mit der Drohung „Wer Wind sät, erntet Sturm“. Unter ihrem Text haben die Verfasser zudem das Video eines Songs der rechten Hooligan-Band „Kategorie C“ veröffentlicht. Darin heißt es deutlich: „Lasst euch doch mal blicken. Die Hosen voller Scheisse. Dann bringen wir euch das Laufen bei – auf unsere Art und Weise. Antifa, halt's Maul. Ihr seid der letzte Dreck. Antifa, halt's Maul. Wir hauen euch alle weg.“



Bild: jmg

Die Protestierenden vom Rudolfplatz riefen am Folgetag zu einer Spontandemonstration „gegen rechte Gewalt in Köln und sonstwo“ auf. „Auch die angeblich so weltoffene Stadt Köln hat augenscheinlich ein Naziproblem“, stellten sie in ihrem Aufruf zur Demonstration fest. Der Protestzug zog mit zeitweise bis zu 250 Menschen vom Rudolfplatz durch die Kölner Innenstadt bis zum Chlodwigplatz, wo die Protestler ihr Camp neu errichteten.

Neue Qualität

Für Köln stellt dieser offensichtlich gut geplante Angriff eine neue Qualität neonazistischer Aktivität dar. Umso wichtiger ist es, den Opfern neonazistischer Gewalt Unterstützung zuteil werden zu lassen und aktiv Zivilcourage zu leben. (jmg)

Leverkusen: Brandanschlag aus rassistischer Motivation?

Mehrere Brandsätze schleuderten bislang noch unbekannte Täter in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli 2011 in ein Wohnhaus in Leverkusen-Wiesdorf. Die Bewohnerinnen und Bewohner konnten noch rechtzeitig aus dem brennenden Haus flüchten, das durch den Brand weitestgehend zerstört wurde. Die Molotow-Cocktails entzündeten im Erdgeschoss ein Kinderschlafzimmer, in dem sich nur durch Zufall kein Kind aufgehalten habe, so die Bewohner. Im Haus wohnen Mitglieder einer Roma-Familie, weswegen die Polizei auch eine rassistische Motivation nicht ausschließt.

Der Polizei liegt ein Augenzeugenbericht vor, wonach es sich bei den Tätern um vier dunkel gekleidete Personen gehandelt haben soll, von denen eine die Tat mit einem Handy gefilmt habe. Die Polizei fahndet nach einem dunklen PKW mit Neusser Kennzeichen, mit dem sich die Täter vom Tatort entfernt haben sollen. Außerdem hat die Polizei ein Phantombild veröffentlicht. Die Polizei ermittelt wegen besonders schwerer Brandstiftung und wegen versuchten Mordes. Denn, wer ein Wohnhaus in der Nacht niederbrennen will, der nimmt den Tod von Menschen billigend in Kauf.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zeigte sich entsetzt von der Tat. Der Verband berichtet von zunehmenden Feindseligkeiten. In der Vergangenheit habe es immer wieder Gewaltdrohungen aus der rechtsextremen Szene gegen Sinti und Roma gegeben, insbesondere im Internet sei die Neonazi-Hetze angewachsen.

Kampagne gegen Roma

Auch die Roma-Familie, die in dem Leverkusener Haus wohnt, stand bereits im Fokus von Kampagnen von Rechtsaußen. So demonstrierten am 25. September 2010 die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW“ im Stadtteil. Der Demozug unter dem Motto „Für Recht und Ordnung in Leverkusen-Wiesdorf: Null Toleranz gegenüber Rechtsbrüchen einer stadtbekanntem Großfamilie“ zog auch an dem nun abgebrannten Haus vorbei.

Andreas Molau, ehemaliger NPD-Funktionär und jetziges Vorstandsmitglied von „pro NRW“ glaubte zu wissen: „Die Wirklichkeit ist, dass sich in Deutschland jede kleine Gruppe als Minderheit bilden kann. Die kann sich erlauben, was sie will. Sie kann stehlen, hehlen, Gewalt ausüben.“ Er könne es nicht ertragen so Molau weiter, dass „diese Minderheiten das Gastrecht missbrauchen, dass diese Minderheit sich gegen die Mehrheitsgesellschaft asozial verhält und wenn sie das tut und die Konsequenzen spürt, dann geht sie auf europäischer Ebene her und sagt: ‚Um Gottes Willen, wir werden diskriminiert, wir müssen einen Schutz bekommen‘. Diese Gruppen brauchen nach Molau keinen Schutz, „die müssen sich nur benehmen.“

Rassistische Hetze gegen Sinti und Roma gehört seit jeher zum politischen Repertoire von „pro Köln“ bzw. „pro NRW“.

Angriff auf den Zentralrat der Sinti und Roma

Wer im Zusammenhang mit dem möglicherweise rassistisch motivierten Brandanschlag von Leverkusen auf die diskriminierenden Verlautbarungen von „pro NRW“ hinweist, dem wirft „pro NRW“-Chef Markus Beisicht eine „politische Instrumentalisierung“ vor. Zwar fordert er, dass die Täter ermittelt und „hart bestraft“ werden, Worte der Anteilnahme für die Opfer findet er aber nicht. Stattdessen wiederholt er die rassistische Zuschreibung, dass Sinti und Roma besonders kriminell seien, indem er den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma angreift. Die Interessenverbände der Sinti und Roma sollte man „Interessensverbände für organisierte Kriminalität“ nennen, hetzt Beisicht in seiner Stellungnahme zum Brandanschlag. Zynisch fügt er hinzu, dass „pro NRW“ Druck machen werde, den „Feuerschutz in den von der stadtbekanntem Großfamilie bewohnten Anwesen“ zu überprüfen. Dass seine Forderung keinen Sinn macht, weil das Haus nicht durch ein Verschulden der Bewohner, sondern nach einem mutwilligen Angriff mit mehreren Brandsätzen ausbrannte, scheint den „pro NRW“-Vorsitzenden nicht zu stören. (hp)

Radevormwald: Anschlag auf Moschee

In der Nacht zum Sonntag, den 24. Juli 2011 haben Unbekannte versucht, Fenster einer Moschee in Radevormwald einzuschlagen. Die Fenster – aus Panzerglas – zersplitterten zwar, gingen aber nicht zu Bruch. „Ich denke, dass das jemand getan hat, der sich in Radevormwald auskennt“, zitiert der

Remscheider General-Anzeiger den Grünen-Politiker Hasan Uzunboy. Die Moschee befindet sich versteckt in einem Hinterhof. Die Polizei ermittelt.

NPD-Demo am Kölner Hauptbahnhof gegen „Kinderschänder“

Eigentlich wollten am vergangenen Samstag Mitglieder der NPD und ihrer Jugendorganisation eine Demonstration in Köln unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder!“ durchführen. Über 200 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten hinderen die zwölf hauptsächlich aus der Region Niederrhein angereisten Neonazis jedoch daran, ihre bei der Polizei angemeldete Versammlung abzuhalten. Bereits nach knapp einer Stunde mussten die Rechten unverrichteter Dinge und unter massivem Polizeischutz die Heimreise antreten.



Bild: D. Clemens

Obwohl die Neonazis ihre Versammlung nicht öffentlich beworben und auch die Kölner Polizei die Öffentlichkeit nicht über den geplanten rechten Demonstrationzug informiert hatte, waren die Pläne zwei Tage vorher publik geworden. Daraufhin fanden sich mehr als 200 Menschen spontan zusammen und zeigten lautstark ihren Unmut am Hauptbahnhof. Die Neonazis wurden, ohne auch nur einen Schritt aus dem Bahnhof herausgetreten zu sein, von der Polizei zum S-Bahngleis zurück begleitet. Umringt von zahlreichen Beamten der Bereitschaftspolizei und vielen Gegendemonstrantinnen und -demonstranten traten sie nach kurzem Warten unverrichteter Dinge ihren Rückweg an.

„Todesstrafe für Kinderschänder“

Immer wieder versuchen Neonazis mit Forderungen nach der Todesstrafe für Kinderschänder emotionale Debatten aufzugreifen und zu instrumentalisieren. In Heinsberg-Randerath haben Neonazis aus den Gegenden Aachen und Köln mehrere Male Aufmärsche gegen einen dort lebenden verurteilten Sexualstraftäter abgehalten.

Manchmal beteiligten sie sich auch Randerather Bürger an Demonstrationen.

Neonazis hoffen, vorhandene Ängste der Bevölkerung (z. B. Ängste von Eltern) aufzugreifen und sie empfänglich für autoritäre Strafbedürfnisse zu machen. Die von ihnen propagierte Bestrafung orientiert sich nicht an Werten des Lebens und der menschlichen Resozialisierung (etwa durch Therapien), sondern an der gewaltsamen Auslöschung von Menschenleben. Dabei böten Studien zufolge früh einsetzende Therapien Erfolge, deren Erfolgchancen umso besser seien, je jünger die Täter zu Beginn der Therapie sind. „Ca. 30 - 40 % aller sexuellen Missbrauchshandlungen an Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden werden Jugendlichen zur Last gelegt. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Sexualstraftäter wurden bereits in Kindheit und Jugend erstmals sexuell übergriffig.“ (aus der Studie der Amadeu Antonio Stiftung „Was Sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten“). Darin finden sich auch weitere Informationen zum Thema. Die Studie steht zum Download hier zur Verfügung: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/sexueller-missbrauch.pdf

Täter aus sozialem Nahfeld

Die meisten Täter sexualisierter Gewalt stammen aus dem sozialen Nahfeld des Betroffenen. Kinder oder ihre Eltern würden in der Praxis daher erst recht keine Anzeige gegen die Täter stellen, wenn sie wüssten, dass sie den Tod von Familienmitgliedern oder guten Freunden möglicherweise mitverantworten hätten. Eine Todesstrafe wäre damit im hohen Maße kontraproduktiv für den Schutz Betroffener. Maßnahmen, die tatsächlich betroffenen Kindern helfen könnten, bieten Nazis nicht. Ihre Agenda beschränkt sich auf staatlich legitimierten Mord an Tätern. Auch andere Formen sexualisierter Gewalt (z. B. alltägliche frauenfeindliche Sprache, ungewollte Berührungen oder Vergewaltigung) sind nicht Gegenstand ihrer Auseinandersetzung. Ein ernsthaftes Interesse am Thema ist ihnen also offensichtlich nicht zuzuschreiben.

Am Samstag sind die Krefelder Nazis kläglich gescheitert. Ihre menschenfeindlichen Vorstellungen konnten sie wegen couragierter Kölner nicht in die Öffentlichkeit tragen – und die angestrebten Maßnahmen gegen „Kinderschänder“ entpuppen sich beim Hinsehen auch als haltlose Verwirrungen. (jmg)

Neu in der Bibliothek

„Dagegen!“ Und dann...?!

Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW

Wie hat sich die Demonstrationspolitik der Neonazis in den letzten Jahren entwickelt? Welche Konsequenzen haben der Ruf nach Verboten und die Veränderungen in den Versammlungsgesetzen? Wie organisieren sich erfolgreiche Bündnisse? Welche Möglichkeiten der Unterstützung gibt es in NRW?

Diese und weitere Fragen wurden während der Tagungen „Provokation und Propaganda – Rechtsextreme Straßenpolitik als Herausforderung für die Zivilgesellschaft“ (19. Juni 2009) und den beiden Workshop-Tagungen „Dagegen! Und dann...?! – Bündnisse gegen Rechtsextremismus in NRW“ (13. März 2010 in Bochum, 18. Juni 2011 in Dortmund) diskutiert. Sie bilden die Grundlage einer neuen Publikation, die von Heiko Klare und Michael Sturm (mobim) als Band 14 der Reihe „Villa ten Hompel Aktuell“ herausgegeben wird.

Der erste Teil der Broschüre beleuchtet Entwicklungen, aktuelle Erscheinungsformen und Auswirkungen extrem rechter Straßenpolitik. In einem geschichtlichen Beitrag untersucht Daniel Schmidt die Sozialraumstrategien der SA vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten am Beispiel der Stadt Dortmund.

Fabian Virchow analysiert in seinem Beitrag, wie sich die „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in den letzten Jahren verändert hat. Dabei wird gezeigt, dass das öffentliche Demonstrieren eine zunehmend wichtige Rolle in der extremen Rechten einnehme. Gleichzeitig fände aber auch innerhalb der „Demonstrationspolitik“ eine Ausdifferenzierung statt, die sich u. a. in einer Verlagerung zu kleineren, nicht angemeldeten Aufmärschen ausdrücke.

Auf diese Ausdifferenzierung wird von Jürgen Peters genauer eingegangen. Er verweist auf die gestiegene Militanz von Neonazi-Demonstrationen sowie auf ein verändertes Auftreten, was nicht zuletzt durch die Ausdifferenzierung der Szene geschehen sei. Insgesamt habe sich Nordrhein-Westfalen zu einem zentralen Bundesland für öffentliche Auftritte der Neonazi-Szene entwickelt.

Aus einer vollständig anderen Perspektive – nämlich der der Polizei – nähert sich Udo Behrends dem Thema. Er argumentiert dabei streng juristisch und stellt heraus, dass das Verhalten der Polizei bei extrem rechten Aufmärschen eng an Gesetze gebunden sei und der Handlungsspielraum damit klare Grenzen habe.

Elke Steven plädiert in ihrem Beitrag für eine Ablehnung schärferer Gesetze gegen solche Aufmärsche. Denn solche Gesetze – selbst wenn sie den Handlungsspielraum der extremen Rechten verkleinern – seien bloß dazu geneigt, Freiheit und Rechtsstaat für alle einzuschränken, wohingegen gerade die Verteidigung dieser Prinzipien im Zentrum von Anti-Nazi-Aktivitäten stehen sollte.



Teil II der Broschüre beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlichen Gegenstrategien. So werden drei Bündnisse aus Nordrhein-Westfalen und ihre Arbeit beispielhaft vorgestellt. Zusätzlich enthalten ist die Dokumentation der Workshops aus der eingangs genannten Tagung in Bochum 2010. Abgerundet wird Teil II durch die Formulierung offener Fragen und nicht vollständig zum Abschluss gebrachter Diskussionen zum Thema.

Teil III „Fazit und Ausblick“ widmet sich Überlegungen und Diskussionen, die sich auf der Workshop-Tagung in Dortmund 2011 herauskristallisiert haben.

Abgeschlossen wird die Broschüre mit einem umfangreichen Serviceteil, der neben Literaturhinweisen und Linkempfehlungen Ansprechpartnerinnen und -partner aus dem gesamten Bundesland nennt. (pf)

Heiko Klare, Michael Sturm (Hrsg.): „Dagegen!“ Und dann...?! Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW (= Villa ten Hompel Aktuell Bd. 14) 68 Seiten, ISBN 978-3-935811-11-8

Die Broschüre ist zu beziehen über www.mobim.info oder in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums einsehbar.

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs